

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 10. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. Januar 2006, um 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/157 Nr. 1 und 3 Mündlicher Bericht der Landesregierung	
2. Eckpunkte für die Reform der Oberstufe und die Verkürzung der Schulzeit	6
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/313	
3. Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/346	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)	8
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/391	
5. Bericht der Bildungsministerin über die Ergebnisse der letzten Tagung der Kultusministerkonferenz	9

- 6. Terminplanung** **10**
- a) **Schulpolitische Informationsreise nach Dresden und Stuttgart**
 - b) **Gespräch mit den Grenzverbänden zusammen mit dem Europaausschuss am Montag, 12. Juni 2006**
 - c) **Auswärtige Sitzung am 2. Februar 2006**
- 7. Verschiedenes** **11**

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/157 Nr. 1 und 3

(überwiesen am 30. September 2005 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss)

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 30. September 2005 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Die Vorsitzende bittet das Bildungsministerium, dem Ausschuss die Kriterien zur Anerkennung als Europaschule zukommen zu lassen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Europaausschuss, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/157 Nummern 1 und 3, vorbehaltlich etwaiger Änderungen oder Ergänzungen des Europaausschusses anzunehmen. Den mündlichen Bericht des Europaministers nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eckpunkte für die Reform der Oberstufe und die Verkürzung der Schulzeit

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/313

(überwiesen am 10. November 2005)

Abg. Hentschel führt in Anlehnung an die Plenardebatte vom 10. November 2005 aus, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnten eine Bevorzugung der Schulart Gymnasium und die Einführung eines Zentralabiturs ab. Ziel müsse es sein, deutlich mehr Schülerinnen und Schülern als bisher mit unterschiedlichen Begabungen und unterschiedlichen Schwerpunkten das Abitur zu ermöglichen. Mit Blick auf die demographische Entwicklung sei das Modell des Oberstufenzentrums aus wirtschaftlicher und organisatorischer Sicht der beste Weg, die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler aufrechtzuerhalten.

Abg. Dr. Höppner bekräftigt namens der SPD-Fraktion die Ablehnung des von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN favorisierten Modells eines Oberstufenverbundes oder Oberstufenzentrums. Auf seinen Vorschlag stellt der Ausschuss die Beratung über den Antrag bis zur Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes zurück, der dem Landtag nach Aussage von M Erdsiek-Rave zur September-Tagung zur ersten Lesung zugeleitet werden soll.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer
Berücksichtigung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/346

(überwiesen am 10. November 2005)

Auf Vorschlag von Abg. Spoorendonk vereinbart der Ausschuss, in einer der nächsten Sitzungen drei Modellschulen sowie den VLBS und die GEW anzuhören. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/346, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/391

(überwiesen am 14. Dezember 2005)

hierzu: Petition 2235-15-b
interner Umdruck 16/337

Auch die Beratung über diesen Gesetzentwurf wird bis zur Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes im Herbst 2006 zurückgestellt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht der Bildungsministerin über die Ergebnisse der letzten Tagung der Kultusministerkonferenz

M Erdsiek-Rave berichtet über die Ergebnisse der 312. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz vom 15. Dezember 2005, deren Präsidentin sie im Jahr 2006 ist. Im Mittelpunkt der Beratung hätten Konsequenzen der Föderalismusreform, ein Gespräch mit der neuen Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Neufassung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen, die Weiterentwicklung der ZVS zu einer Serviceeinrichtung und die Beteiligung an der Internationalen-Grundschul-Untersuchung TIMSS 2007 gestanden. Das IZBB-Programm - damit greift sie eine Frage von Abg. Spoorendonk auf - werde in den nächsten Jahren wie vorgesehen abgewickelt; ein neues Programm werde es nicht geben. Auf Kritik von Abg. Hentschel an der Kultusministerkonferenz erwidert sie, obwohl die Fülle der Aufgaben, die die KMK für alle Länder in gesamtstaatlicher Verantwortung wahrnehme, nach der Föderalismusreform weiter zunehmen werde, reduziere die KMK den Personalbestand sowie die Zahl ihrer Gremien deutlich.

Abg. Weber bittet die Landesregierung, dem Ausschuss zur Weiterentwicklung der ZVS nähere Informationen zuzuleiten.

Der Ausschuss beschließt, das Thema Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Hochschulfinanzierung auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung

a) Schulpolitische Informationsreise nach Dresden und Stuttgart

Der Ausschuss beschließt, vom 16. bis 19. Mai 2006 eine schulpolitische Informationsreise nach Dresden (Mittelschule, Hochbegabteninternat St. Afra) und Stuttgart (Profiloberstufe) durchzuführen.

b) Gespräch mit den Grenzverbänden zusammen mit dem Europaausschuss am Montag, 12. Juni 2006

Am Montag, 12. Juni 2006, 12:00 bis 14:00 Uhr, will der Ausschuss gemeinsam mit dem Europaausschuss ein Gespräch mit dem Grenzverein, der ADS, dem Grenzfriedensbund und dem SHHB führen.

c) Auswärtige Sitzung am 2. Februar 2006

Der Ausschuss wird dem Wunsch der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, mit ihm über die anstehenden Änderungen des Hochschulrechts zu sprechen, zum jetzigen Zeitpunkt unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung aller Hochschulen nicht folgen, sondern alle Hochschulen nach Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Hochschulgesetzes förmlich anhören. Es bleibt der CAU und den anderen Hochschulen unbenommen, vorher das Gespräch mit den Fraktionen zu suchen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage von Abg. Hentschel zum Antrag der Carl-Eitz-Grund- und Hauptschule in Pinneberg auf Einrichtung eines bilingualen Klassenzuges erwidert M Erdsiek-Rave, weder das Schulgesetz noch die Lehrpläne für die Grundschule gestatteten einen fast ausschließlich (bis auf das Fach Deutsch) auf Englisch erteilten Grundschulunterricht. Nur im Rahmen eines durch das Ministerium zu genehmigenden Schulversuchs wäre ein **bilingualer Unterricht** möglich. Für einen derartigen Schulversuch nach § 10 des Schulgesetzes gebe es jedoch neben dem Schulversuch in Altenholz-Klausdorf keine Begründung, da es lediglich eine Wiederholung des Versuchs dort darstellen würde. Ziel der Landesregierung sei, vom Schuljahr 2006/07 an allen Grundschulen in Schleswig-Holstein Englisch als Unterrichtsfach ab Klassenstufe 3 zu erteilen. Es bedeute schon eine große Kraftanstrengung, die dafür erforderlichen Personalressourcen bereitzustellen. Das Ministerium biete der Carl-Eitz-Schule an, ähnlich wie die Muhliusschule in Kiel ab Klassenstufe 1 ein Fach (Heimat- und Sachunterricht) auf Englisch zu unterrichten sowie zusätzliche Englischangebote in Form von Arbeitsgemeinschaften einzurichten.

Abg. Dr. Klug zeigt sich verwundert über die Entscheidung des Bildungsministeriums gegenüber einer Initiative, die ein hervorragendes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule sei und das anerkannte und von allen Seiten positiv bewertete Altenholzer Modell aufgreife.

Auch Abg. Hentschel äußert sich enttäuscht über die ablehnende Haltung des Ministeriums. Bildung und Schule bräuchten mehr Bewegung und Autonomie. Wenn vor Ort Übereinstimmung, Wille und Bereitschaft vorhanden seien, einen innovativen Weg zu gehen wie an der Carl-Eitz-Schule mit dem bilingualen Unterricht, dürften dem gesetzliche Regelungen nicht im Wege stehen, sondern müssten gegebenenfalls verändert werden.

Abg. Spoorendonk bezeichnet die angesprochene Frage vor dem Hintergrund der Bildungsgerechtigkeit als ein „Luxusproblem“.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass der Schulversuch in Altenholz, der sich bewährt habe und unbegrenzt weitergeführt werden solle, nicht auf ganz Schleswig-Holstein ausgeweitet werde. Dies sei angesichts der begrenzten Zahl sowohl von Grund-

schullehrkräften mit Englisch-Fakultas als auch von Nativspeakern (Assistent Teacher) überhaupt nicht möglich. Auch die qualitativen und personellen Voraussetzungen an der Carl-Eitz-Schule gäben die Einrichtung eines bilingualen Klassenzuges nicht her.

- b) M Erdsiek-Rave legt den Ausschussmitgliedern die Handreichung des Bildungsministeriums zum Thema **rauchfreie Schule** vor, der inzwischen alle Beteiligten zugestimmt hätten.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer